

V0751/22

Schulentwicklung und Auslegungsvarianten Gymnasien und Realschulen
(Referent: Herr Engert)

Ausschuss für Kultur und Bildung vom 13.10.2022

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist darauf hin, dass sich in der Beschlussvorlage auf der Seite 3 unter dem Punkt „3.1 Gymnasien“, Unterpunkt „Instabile Übertrittsquoten“ ein Fehler eingeschlichen habe. Die dort angegebenen 36 Prozent müsse man auf 40 Prozent korrigieren.

Bei dieser Gelegenheit möchte Herr Engert auch auf einen Fehler in der PowerPoint-Präsentation aufmerksam machen. Auf der Folie 8 „Eintritt 1,5 Klassen von Stadt IN in Gym. Gaimersheim“ handle es sich bei der oberen Tabelle um Daten aus dem Schuljahr 2020/21 und bei den unteren um Zahlen aus dem Schuljahr 2021/22.

Frau Bürkl, Frau Wittmann-Ott und Herr Engert gehen anhand einer PowerPoint-Präsentation auf die Schulentwicklung im Bereich der Gymnasien und Realschulen sowie auf die entsprechenden Auslegungsvarianten ein. Die Präsentation liegt als Anlage der Niederschrift bei. Insofern wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Zum Hintergrund der Prognose führt Herr Engert aus, dass dem Stadtrat bereits im Jahr 2020 eine Gymnasial- und Realschulprognose vorgelegt worden sei. Schon damals habe der Bericht den künftigen Bedarf sowohl im Gymnasial- als auch im Realschulbereich deutlich gemacht. Da es bei den Gymnasien und Realschulen erhebliche Schülerströme in der gesamten Region vor allem nach Ingolstadt gebe und die Landkreise Eichstätt und Pfaffenhofen dabei als überwiegende Zulieferer der Gastschüler fungieren, handle es sich bei diesem Thema um eine regionale Entwicklung. Aus diesem Grund sei die Verwaltung auch im Jahr 2020 damit beauftragt worden, das Thema der Schulentwicklung in diesen beiden Bereichen gemeinsam mit den umliegenden Landkreisen anzugehen. Dieser regionale Aspekt unterscheide die vorliegende Thematik auch von den Mittelschulen, da diese sprengelgebunden seien und somit dort nur Ingolstädter Schüler lernen. Herr Engert berichtet, dass das Thema der Schulentwicklung bei den Gymnasien und Realschulen in mehreren Gesprächsrunden mit den Landkreisen intensiv diskutiert worden sei. Zudem haben die Landkreise eigene Statistiken in diesen beiden Bereichen aufgebaut, um so valide Prognosen entwickeln und etwas über ihre Schulraumkapazitäten aussagen zu können. Die aus den Landkreisen erhaltenen Daten seien dann auch in die vorliegende Prognose eingeflossen, so Herr Engert. Angesichts der prognostizierten Entwicklung auf 7.273 Schüler in 240 Klassen zum Schuljahr 2030/31 im Gymnasialbereich gehe man derzeit davon aus, dass man hier gemeinsam mit den Landkreisen Eichstätt und Pfaffenhofen eine Lösung finden werde. Herr Engert betont, dass man bei den Auslegungsvarianten die Schulen in Beilngries außenvorgelassen habe, da diese aus Ingolstädter Sicht zu weit entfernt sei und ein ganz anderes Einzugsgebiet besitzen. Die Stadtverwaltung sehe nun im Gymnasialbereich die in der PowerPoint-Präsentation dargestellten Varianten 3 und 4 als realisierbar an. Beide dieser Varianten sehen vor, dass man ein neues 3-zügiges Gymnasium entweder im Landkreis Eichstätt oder im Landkreis Pfaffenhofen errichte. Die Varianten unterscheiden sich lediglich in der Erweiterung des Gymnasiums Gaimersheim. Die Variante 3 sehe dabei einen 4-zügigen Ausbau vor, wobei die Variante 4 hingegen einen 5-zügigen Ausbau beinhalte. Nichtsdestotrotz seien beide Varianten denkbar und umsetzbar, so Herr Engert. Die weiteren Diskussionen mit den Landkreisen werden zeigen, welche der

beiden Varianten sich durchsetzen könne oder ob vielleicht noch ein ganz anderer Vorschlag aufkomme. Im Realschulbereich prognostiziere man für das Schuljahr 2030/31 eine Entwicklung auf 3.179 Schüler in 125 Klassen, berichtet Herr Engert. Eigentlich sei man mit einer Schülerzahl von 2.458 Schülern in 98 Klassen im Schuljahr 2022/23 schon fast jetzt an der Kapazitätsgrenze angelangt. Im Realschulbereich gestalte sich die Situation anders als bei den Gymnasien, da sich in den Realschulen überwiegend Ingolstädter Stadtschüler befinden und nur ein sehr geringer Anteil aus den umliegenden Landkreisen komme. Aus diesem Grund sei hier die Stadt Ingolstadt selbst gefordert, eine Lösung zu finden. Die Verwaltung schlage einen fünfzügigen Realschulneubau vor, um so noch in der Lage zu sein, wachsende Schülerzahlen auffangen zu können. Herr Engert führt aus, dass man derzeit auch schon auf der Standortsuche für diese neue Realschule sei. Hierbei würde sich auch das ehemalige Rosner-Areal anbieten, da man dort zwischen der geplanten Mittelschule Nordost und der Realschule viele Synergieeffekte hätte.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwähnt, dass angesichts der für das Schuljahr 2030/31 prognostizierten Unterversorgung ein gewisser Zeitdruck vorhanden sei. Denn wenn eine neue Schule gebaut werde, habe dies immer einen bestimmten Planungsvorlauf. Zudem nehme natürlich auch die Bauausführung eine gewisse Zeit in Anspruch, sodass ein Schulneubau normalerweise mehrere Jahre dauert. Insofern ist es nach Ansicht von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll wichtig, dass man im Gymnasial- und Realschulbereich schnell weiter vorankomme.

Stadtrat Dr. Schickel schildert, dass man schon jetzt eine Unterdeckung im Gymnasial- und Realschulbereich habe. Denn die in der vorgestellten Prognose aufgeführten Ansätze seien zwar technokratisch einfach zu ermitteln, allerdings funktioniere diese Berechnungsmethode einfach nicht in der Realität. Vor allem da man im Gymnasialbereich verschiedene Zweige anbieten und man die Kinder zum Beispiel nicht einfach auf den humanistischen oder den musischen Zweig schieben könne, wenn diese das nicht möchten. Letztendlich habe man bereits in diesem Jahr die Situation erreicht, in der sowohl das Apian-Gymnasium als auch das Katharinen-Gymnasium aus allen Nähten platzen. Zudem stehe man gerade im Hinblick auf die Anmeldewoche im Mai 2023 vor dem Dilemma, wie man mit diesen steigenden Schülerzahlen umgehen solle. Deshalb erhebt Stadtrat Dr. Schickel den Vorwurf gegen die Stadtverwaltung, dass man im Bereich der Gymnasien und Realschulen viel zu spät in eine konkrete Planung bezüglich der Bewältigung von steigenden Schülerzahlen einsteige. Vor allem, da der Geburtenanstieg schon seit vielen Jahren absehbar gewesen sei. Leidtragende seien wie immer die Kinder, die Lehrer und die Schulen. Denn nach einer Vorgabe durch das bayerische Kultusministerium dürfe man niemanden während des Anmeldevorgangs abweisen. Außerdem müsse man die Klassen bis zu einer Größe von 32 Schülern auffüllen. Aus diesen Gründen ist Stadtrat Dr. Schickel der Ansicht, dass man unverzüglich in eine konkrete Planung einsteigen müsse. So könnte man wenigstens versuchen, die Problematik bereits für die kommenden Schuljahre zu bewältigen.

Herr Engert führt aus, dass es bei der Anmeldung immer wieder zu Verschiebungen komme, bei denen man oft nicht genau aufklären könne, weshalb bestimmte Schulen häufiger nachgefragt werden als andere. Die Problematik dieser Unwucht an Schülerzahlen bei der Anmeldung an einzelnen Schulen werde auch schon länger intern mit den Schulleitern diskutiert. Nichtsdestotrotz habe man bei der letzten Anmeldung eine Situation erlebt, die man so nicht weiterlaufen lassen könne. Das heißt konkret, dass man nicht mit einem deutlich unterversorgten Gymnasium fahren dürfe, während andere Gymnasien eine Überlastung aufweisen. Vor allem, wenn man hier über Gymnasien spreche, die vergleichbare oder sogar die gleichen Zweige anbieten. Trotzdem werden in einzelnen Gymnasien manche Zweige stärker nachgefragt als in anderen. Diese Problematik gelte es künftig entsprechend zu steuern. Herr Engert widerspricht der Aussage von Stadtrat Dr. Schickel, dass man bereits in diesem Schuljahr bei den Gymnasien an der Kapazitätsgrenze angelangt sei. Die Ingolstädter Gymnasien weisen eine Gesamtkapazität von 6.026 Schülern in 198 Klassen auf. Im aktuellen Schuljahr 2022/23 besuchen derzeit 5.606 Schüler in 173

Klassen ein Gymnasium in Ingolstadt. Insofern besitze man sowohl bei der Schülerzahl als auch bei der Klassenanzahl noch Kapazitäten. Des Weiteren habe man, wie bereits erwähnt, schon im Jahr 2020 auf diese Problematik im Gymnasial- und Realschulbereich hingewiesen. Damals habe allerdings der klare Wunsch bestanden, hierfür zusammen mit den Landkreisen eine gemeinsame Lösung zu finden. Daraufhin mussten in den Landkreisen teilweise erst Statistiken aufgebaut werden, um entsprechende Schülerzahlen nachweisen zu können. Diese Datenerhebung habe dementsprechend auch eine gewisse Zeit in Anspruch genommen. Nichtsdestotrotz ist Herr Engert weiterhin der Meinung, dass dieses Problem nur im Einvernehmen mit den Landkreisen zu lösen sei. Vor allem, da man hier über Schülerinnen und Schüler rede, die aus den Landkreisen kommen. Für die Ingolstädter Stadtschüler würden die Kapazitäten an den Schulen noch ausreichen. Das Ziel sei es, zu einer gemeinsamen regionalen Schulentwicklung zu kommen. Diese sei allerdings nicht ganz einfach zu bewerkstelligen, so Herr Engert. Insofern sei es nun wirklich an der Zeit zu handeln und zügig dieses Thema weiter voranzubringen.

Hätte die Stadt Ingolstadt das Rosner-Gelände, so wie es vom Grundstücksbesitzer eigentlich vorgesehen gewesen sei, schon vor Jahren bekommen, könnte man heute schon mit dem Rohbau der Schule fertig sein, erwähnt Stadtrat Schidlmeier. Zudem möchte er in Erfahrung bringen, ob das Rosner-Areal in erster Linie für den neuen Mittelschulstandort vorgesehen sei.

Herr Engert bestätigt, dass das Rosner-Gelände vorrangig für den neuen Mittelschulstandort vorgesehen sei. Sollte dann immer noch Platz auf dem Gelände vorhanden sein, könnte man darüber nachdenken, dort auch die zusätzlich benötigte Realschule unterzubringen.

Stadtrat Dr. Schuhmann möchte aus seiner langjährigen Erfahrung als Abgeordneter für den Landkreis Eichstätt berichten. Damals sei der Landrat von Eichstätt der Ansicht gewesen, dass man sich viel Geld sparen könne, wenn man die Eichstätter Schüler nach Ingolstadt schicke. Es habe eine Zeit gegeben, da seien 56 Prozent der gesamten Schüler an der Ickstatt-Realschule aus dem Landkreis gekommen. Zumal es damals weder den Schulstandort in Gaimersheim noch den in Beilngries gegeben habe. Stadtrat Dr. Schuhmann kann sich noch gut daran erinnern, dass er von einigen Gemeinderäten aus dem Landkreis Eichstätt keinen besonderen Zuspruch erhalten habe, als von ihm der Vorschlag für ein Gymnasium in Beilngries eingebracht worden sei, da die Gemeinden keine höhere Kreisumlage zahlen wollten. Insofern habe sich die Situation im Vergleich zu damals tatsächlich entschieden geändert. Dieser Wandel komme nach Ansicht von Stadtrat Dr. Schuhmann daher, da sich viele gut bezahlte Facharbeiter vor allem im Landkreis Eichstätt niedergelassen haben. Bezüglich der Aussage von Stadtrat Dr. Schickel hinsichtlich der Kürze der Zeit möchte er daran erinnern, dass die Situation im Gymnasialbereich schon einmal vor etlichen Jahren schwierig gewesen sei. Damals kam auch der Vorschlag auf, sich in dieser Angelegenheit mit dem Landkreis Eichstätt zusammenzusetzen. Das Resultat aus dieser Zusammenarbeit sei dann der Bau des Gymnasiums in Gaimersheim gewesen. Nun platze allerdings auch das Gymnasium Gaimersheim selbst aus allen Nähten, so Stadtrat Dr. Schuhmann. Er könne nur darauf hinwirken, dass nicht die Stadt Ingolstadt zügig ins Handeln komme müsse, sondern eher die bisher zögerlichen Landkreise. Stadtrat Dr. Schuhmann betont, dass die Stadt Ingolstadt aus seiner Erfahrung immer alles dafür getan habe, um vorwärts zu planen.

Herr Engert stimmt der letzten Aussage von Stadtrat Dr. Schuhmann zu. Er möchte allerdings noch einmal betonen, dass sich die Landkreise inzwischen sehr kooperativ in dieser Angelegenheit zeigen. Zumal sie sich mit dem Aufbau von Statistiken sehr viel Mühe gemacht haben, um für die gemeinsame Entwicklung valide Zahlen liefern zu können. Insofern habe sich viel geändert im Vergleich zu früheren Gesprächen mit den Landkreisen. Deshalb ist Herr Engert auch zuversichtlich, dass man hier zügig zu einer gemeinsamen Lösung kommen werde.

Stadträtin Leininger möchte in Erfahrung bringen, ob man über bloße Absichtserklärungen hinaus sei und ob es bereits konkrete Planungen bezüglich möglicher Schulstandorte gebe. Denn die in dieser Sitzung vorgestellte Statistik allein bilde nur die Grundlage. Des Weiteren bestehe, wie bereits angesprochen, das Problem bei den Ingolstädter Gymnasien, dass sich die Anmeldezahlen an den einzelnen Häusern sehr stark voneinander unterscheiden. Nun habe Herr Engert im Rahmen dieser Diskussion angedeutet, dass man die Anmeldung künftig in gewisser Weise steuern müsse. Allerdings stünde den Eltern beziehungsweise den Kindern auch die freie Wahl der Schule zu. Deshalb möchte Stadträtin Leininger wissen, wie man angesichts dieser freien Wahlmöglichkeit das Problem der stark variierenden Anmeldezahlen lösen beziehungsweise hier steuernd eingreifen möchte. Denn eine gewisse Steuerung würde natürlich schon innerhalb der Schulen für einen gewissen Ausgleich sorgen und vielleicht sogar das akute Problem etwas beheben.

Herr Engert erklärt, dass man mit der Vorstellung der Statistik nicht erst an dem Punkt ist, an dem man das Überlegen anfangen sollte. Mittlerweile sei man seit 2 Jahren mit den Landkreisen im Gespräch und habe dabei genaue Überlegungen getroffen, wie man dieses Problem angehen könne. Herr Engert könne und möchte allerdings in der heutigen Ausschusssitzung keine Aussage für den Landkreis Pfaffenhofen treffen. Der Landkreis müsse sich in dieser Angelegenheit erst einmal intern abstimmen und dann für sich selbst eine Aussage treffen. Bezüglich der zweiten Frage von Stadträtin Leininger führt Herr Engert aus, dass es beim Anmeldeprozess verschiedene Steuerungsverfahren gebe. Zum Beispiel lassen andere Städte die Kinder beim Anmeldeverfahren gleich zwei Ersatzgymnasien angeben und verweisen die Schüler dann an das Ersatzgymnasium, wenn das eigentlich gewünschte Gymnasium voll sei. Herr Engert betont, dass man in Ingolstadt den Anmeldeprozess künftig steuern müsse. Denn es könne nicht sein, dass im Apian-Gymnasium dauerhaft acht Klassen aufgenommen werden. Dies halte die Schule weder baulich aus, noch mache es Sinn, solch ein großes Gymnasium zu betreiben. Deshalb werde man sich in absehbarer Zeit mit der Ministerialbeauftragten der Gymnasien für Oberbayern-West und den Schulen zusammensetzen, um das künftige Vorgehen bei der Anmeldung zu ergründen. Denn dieses Problem müsse man gemeinsam angehen, da die Lenkungsbeziehung für die Schülerinnen und Schüler bei der Ministerialbeauftragten liege.

Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung nehmen den Bericht über die Schulentwicklung und Auslegungsvarianten Gymnasien und Realschulen zur Kenntnis.